

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Wochenpreis: Die sechsgehaltene Preisliste 40 Bfg. Melange 10 60 Bfg.

Abgabetermin: In der Geschäftsstelle dieses Blattes, Ziepenstraße 19
in Teuchern vormittags 9 Uhr. Höhere und kompliziertere Anzeigen
werden nur vorhergehenden Tage in unserer Rubrik sein.

Erstausgabe 8 Uhr abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Wochentliches Anzeiger. Durch unsere Geschäftsstelle 5,50 RM.
von unseren Bogen ins Haus abwärts 5,90 RM. und dazu den
Zustellungspreis 30 Pf. Einzelnummer 15 Bfg.

Wochentliches und monatliche Beiträge werden entgegen in der Ge-
schäftsstelle, Ziepenstraße 19, auch von unseren Bogen und allen
Postenpaketen angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 70

Dienstag, den 15. Juni 1920.

59. Jahrgang

Die Zeit schafft neue Menschen.

Präsident Wilson aus den Vereinigten Staaten, Clemenceau aus Paris und Wood George aus London haben während des Krieges mit einander in Reden und in der öffentlichen demokratischen Demokratie, die über den deutschen Militarismus glänzend triumphieren würde. Nun hat die Sozialdemokratie, die Wood George hat dies Ereignis in manchen schönen Rede gefeiert. Aber was heißt sich heute? Die englischen Zeitungen verkünden, daß die britische Nation den demokratischen Völkern ein Beispiel hat. Der Engländer sei ein Kraft- und selbstbewußter Herrscher, der seine Eigenart nicht verlieren wolle. Und dann folgt die Frage, was denn eigentlich die völkerverbindende Demokratie für England gebracht habe? Die Antwort lautet: Gar nichts! Denn was England gewonnen habe, das habe es durch eigene Kraft gewonnen. Das ist ein Satz gegen Frankreich. Aber auch in Frankreich gebietet in Wahrheit die Verfassungskraft, richtiger gesagt, die Gleichberechtigung. Und so ist es überall. Von einer Demokratie werden die Staaten kommen, die nicht wieder zum Selbstbewußtsein der Einzelnen. Und wenn wir es nicht wollen, müssen wir sagen, daß es in Deutschland nicht anders ist.

Dafür ist weniger das Wahlergebnat ein Beweis, als vielmehr das Laufen von Volkstribunen. Das Bürgerturn war auf dem besten Wege, sich zu demokratisieren, und dem Volkstribunen hat zu sagen, aber die Ereignisse unter der Republik haben nicht nur die Umwandlung gebracht, sondern auch das Selbstbewußtsein des Bürgers vernichtet. Der Volkstribun hat in Gott sein Recht, seine tüchtigen Kräfte erhalten und wird wohl nicht, wie jetzt, leistungsfähig werden. Aber, was wichtiger ist, der Arbeiterstand beginnt sich zu entmenschen. Es ist eine neue Klasse sozialdemokratische Arbeiter geschaffen, die sich nicht schämen, sich als Genossen zu bezeichnen, sondern ihren Berufscharakter nachdrücklich hervorzuheben. Daran soll ihr niemand einen Vorwurf machen. Das ist menschlich und ihr gutes Recht. Davon sehen wir heute Hunderttausende von Arbeitern, die, wenn sie Sonntags mit ihrer Familie ausgehen, sich durchaus nicht mehr im Aufreiten und in den Gesellschaften von einem Bürger unterscheiden. Wenn sie oft sogar einen sehr viel besseren Modus tragen, als der Mann des Mittelstandes. Das alles muß man ihm von Herzen gönnen. Sie hören sich Proletarier nennen, aber sie gehen viel weniger in Verammlungen der Partei als früher, und sie finden, daß die Gegenwart eigentlich so nett ist, daß es sich erdriegt, sich wieder der Zukunft zuwenden, was ihnen zu tun ist. Wenn sie sich für einen sehr viel besseren Modus tragen, als der Mann des Mittelstandes. Das alles muß man ihm von Herzen gönnen. Sie hören sich Proletarier nennen, aber sie gehen viel weniger in Verammlungen der Partei als früher, und sie finden, daß die Gegenwart eigentlich so nett ist, daß es sich erdriegt, sich wieder der Zukunft zuwenden, was ihnen zu tun ist.

Der deutsche Arbeiter geht mit starken Schritten zu dem Vorbild über, das ihm seine amerikanischen und englischen Kameraden geben, die in der Werkzeit tätig sind, wie alle ihre Mitbürger, aber nach derselben sich bemühen, soweit es ihnen möglich ist, als Genossen aufzutreten. Wir haben Sportvereine und sonstige Verbindungen aller Art, die die Politik nicht als Lebenszweck betrachten, und das wird mit der Zeit immer härter werden. Haben wir nicht die politischen Berufsorganisationen, die Sozialdemokratie würde ein noch ganz andere Bild zeigen. Die Menschen fühlen sich, und die Parteiführer nicht vor dem Mehrereinstimmen der Einmaligen. Noch ist alles in Kind. Doch wir werden es erleben, was überaus erhellend ist, wenn die Einkommen wandeln den Menschen. Auch elegante Deme mögen sich als Revolutionäre zeigen, aber sie sind es nicht. Die Zeit schafft die Menschen, die sie gebraucht. Und was wir gebrauchen, sind individuelle Charaktere, die das Kapital, das in ihren Fähigkeiten liegt, zum Vollen der Allgemeinheit ausnützen. Wir werden damit zur Zeit der Genossen gelangen. Es ist schade, daß es dafür kein deutsches Wort gibt, aber selber ist kein da, und so müssen wir die englische Bezeichnung gelten lassen.

Die Antikoaalition gescheitert.

Die Verhandlungen Müllers mit Crispian. Reichkanzler Hermann Müller hatte sofort, nachdem ihm der Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilt worden war, einen Brief an den Vorsitzenden der U. S. P. D., Crispian, geschrieben, in dem er u. a. meint:

In unserer jungen deutschen Republik erscheint mir die Teilnahme der U. S. P. D. an der Regierung besonders notwendig, weil nur durch eine noch inständig verklärte Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts vertheidigt, reaktionäre Elemente auf dem Achtundzigt und die sozialpolitischen Grundgesetze der Republik seit abgelehnt werden können und eine ausdauernde Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und sozialistischen

Ideen der nicht überlebenden Mehrheit des deutschen Volkes entspricht. Auf die es Schreiben erhielt der Reichkanzler noch im Laufe des Freitagabend ein Antwortschreiben von Crispian, das eine

schärfere Ablehnung der U. S. P. D. enthält, die der Brief mit folgenden Worten begründet: „Der Eintritt der U. S. P. D. in eine solche Regierung würde bedeuten, die sie bisher grundsätzlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verzicht auf den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Kleinbauern. Die U. S. P. D. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen gezeichnet haben, für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rücksichtslosen proletarischen Kampfes mit dem Ziel der Beseitigung des sozialistischen-militaristischen Klassenkampfes.“ Der Brief schließt dann die angelegten Sünden der Mehrheitskoalition infolge der Koalition auf und fährt dann fort:

„Das Erscheinen der Reaktion kann nur bekämpft werden durch... eine grundständig klare und konsequente sozialistische Politik, die die Beseitigung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Autonomie bis zur Beseitigung des Sozialismus erstrebt. Etwas Licht aus der Entwicklung der Revolution der Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. P. D. als Hebelung nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit bilden. Der bestimmende Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“ Durch diese Antwort dürfte wohl... die von Ihnen gewünschte Ausdrucksform abgelehnt worden sein. Eine deutlichere und schärfere Antwort konnte sich der Reichkanzler wohl kaum holen. Somit sind diese Verhandlungen, wie es so vorauszusetzen war, erloschen, und Hermann Müller wird die Koalitionsbildung nicht übernehmen. Einen Schritt wird mir der Lösung der Krise hiermit nähergekommen.

Dr. Feine zum Reichspräsidenten gewählt. Reichkanzler Müller hat den Auftrag zur Kabinettsbildung Sonnabendabend dem Reichspräsidenten zurückgegeben. Der Reichspräsident hat nunmehr den Vorschlag des Reichspräsidenten zur Bildung der Kabinettsbildung in der U. S. P. D. und dessen Unterstützung zu sich gezogen. Dr. Feine ist zuerst in Dresden und trifft erst am Montag in Berlin ein.

Die Bezeichnungen der Deutschen Volkspartei, die im Laufe des Sonnabend festgelegt wurden, bewegen sich in folgender Richtung: Entpolitisierung des Parteiprogramms und des Parteiprogramms, Aufhebung der Parteibildung nach der Parteizugehörigkeit und Befreiung der politischen Verantwortung auf dem Parteiprogramm, die als unzureichend angesehen werden. Außerdem würde die Partei gegen Hermann Müller als Reichkanzler oder Außenminister den schärfsten Widerstand leisten.

Ein Wirtschaftskabinetts mit Arbeitern, Bauern und Handwerker.

Zunehmend taucht, besonders befürwortet von der Deutschen Volkspartei, der Gedanke an die Bildung eines von der überhandnehmenden Parteipolitik möglichst unabhängigen Wirtschaftskabinetts auf. Die einzelnen Ministerien sollen von Fachleuten, das Außenministerium von einem Diplomaten, das Wirtschaftsministerium von einem Industriellen, das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von einem führenden Führer der Arbeiterbewegung, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, der Beamtenschaft und der Intelligenz ein von parteipolitischen Einflüssen freies Wirtschaftskabinetts bilden, gerade heute sei ein solches Kabinetts notwendig.

Generaldirektor Dr. B. H. K. über diesen Vorschlag: „Ein solches Ministerium wird eine Mehrheit im Parlament finden. Diese Mehrheiten können wachsen, obwohl bei den praktischen Vorschlägen für den Wiederaufbau ein sachlicher Anhang vorliegt, dem sich keine Partei ungestraft entziehen darf.“ Ein solcher von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre eine viel wider in der Lage, zu führen. Die Koalition wird sich bilden und aufkommen. Die Opposition wäre nicht mehr, wie bisher, in einen dauernden Gegensatz hineingezwungen, und dem Volke wäre geboten! Jedermann weiß, wir brauchen die Arbeiterschaft, wir brauchen die Landwirtschaft, wir brauchen die Intelligenz, die Industrie, Handel, Gewerbe und Beamtenchaft. Also macht ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und Fachmännern, ein Ministerium des Wiederaufbaus! Das wird das Volk begreifen und gutheißen.“

Giolitti.

Das Ministerium Giolitti ein Wendepunkt im italienischen Politik.

Nach den neuesten italienischen Meldungen hat Giolitti nunmehr die König den Auftrag erhalten, ein Ministerium zu bilden.

Das bedeutet für Italien die endgültige Niederlage von der Kriegspolitik. Giolitti war einst einer der Hauptstützen des Dreiecks und ständig ein scharfer Gegner des Krieges mit Deutschland, er ist während des Krieges der Hauptführer der Kriegsgegner gewesen, wurde deswegen auf das bestmögliche verfolgt und sich dem öffentlichen Leben vollständig zurück. Giolitti kann deutlicher den Stimmungswandel in Italien charakterisieren, daß jetzt schon, knapp 1 1/2 Jahre nach dem Ende des Krieges, dieser Mann, beläufig mit der befähigte lebende Politiker des Landes, fast vom ganzen Lande als der einzig gegebene Führer angesehen wird. Charakteristisch für die Stimmung beider Länder ist die feindliche Aufnahme, die Giolitti in Frankreich in der französischen Presse findet, meint doch J. B. der „Gaulois“, „Die Perspektive, Giolitti in Spa zu finden, ist ein Grund mehr dafür, daß wir wünschen, überhaupt nicht hinzugehen.“

Intensität für und Feindschaft ist fernerhin, daß in führenden öffentlichen Kreisen die Ansicht vorherrscht, daß es notwendig ist, daß gerade jetzt der deutsche Postkriegspolitiker in Rom unbesetzt sei. Gerade jetzt könne ein angelegener und erfahrener Staatsdiplomate auf die im Osten für Deutschland von großer Wichtigkeit sein und viel Gutes für das Verhältnis Italiens zu Deutschland tun.

In der großen Albanien. In den großen unpopulären Schwierigkeiten Italiens stellen sich jetzt erste Konflikte in Albanien. Dort hat sich die Bevölkerung gegen die italienische Besatzung erhoben. Die Aufständischen haben den italienischen Truppen erhebliche Verluste beigebracht und sie in die Hafenstadt Valona zurückgedrängt, wo sie die Truppen jetzt belagern und bedrängen. Die hart kommunistisch verlegenen Seeleute und Seemannsleute in den italienischen Hafenstädten weigern sich, Munition und Militärtransporte nach Valona abzugeben, jedoch die Lage der Italiener in Albanien sehr ernst ist. Eine der ersten Aufgaben Giolittis wird sein, hier durchzugreifen.

Unter der Fremdherrschaft.

Frankreichs Hebergriffe und kein Ende. — Aufhebung des Schweizer Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Geißler von Weizberg erhielt von dem dortigen französischen General den Auftrag, über die Vorgänge von Donnerstag Nacht auf der Großen Mühlstraße keinen Bericht nach Weizberg zu erstatten, was das obige Genosse (D. M.), ferner die Genehmigung einer zu Freitag einberufenen Arbeiterversammlung in Stadgarten, in der energischer Protest gegen das Gebahren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Strafandrohung hatte er diesem Befehl mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erteilung eines solchen Befehls nicht eine Einwirkung der Militärs, was auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gebieten, erforderlich sei. Er ist deshalb Sonnabend seines Amtes enthoben worden. Weiter der Stadtgemeinde ist, da der Oberbürgermeister noch beurlaubt ist, Stadtrat Bezel.

Frankreichs Politik. — Die belagerten Meger.

Vom französischen Kriegsgericht wurden wegen Abdrucks eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Besatzungen eine Verteidigung erwiderten, nachstehende Verurteilung verurteilt: Fritz Blumfeld, Verleger des „Norddeutscher Tageblattes“ in Rodenhausen, zu 10 000 Mark Geldstrafe, Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung zu 6000 Mark Geldstrafe, Quadrantendirektor und Verleger des „Rheinbeimolander Anzeigers“, Ad. Thiere zu einem Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe, Karl Müller vom „Kaiser Tageblatt“ zu 1000 Mark Geldstrafe, Friedrich Wirth, Verleger des „Kaiserzeitungs“ in Dornheim am Glau, zu 1000 Mark Geldstrafe.

Die Einprüfungsfrist für die Abstammung in Dänemark. Der Deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Einprüfungsfrist für Abstammungsberechtigte in Dänemark bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Abstammungsberechtigte, die den Abstammungsbescheid zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstammungskommission ihres Geburtsortes Einpruch zu erheben.

Der Konflikt um Oeck von Hlender. „Zeit Pariser“ meidet: Es ist bekannt, daß die Postkonferenz sich mit einer Klage der Grenzkommission im Saargebiet gegen Oberleutnant von Antorbeten (A) vorgenommen wird. Die deutsche Regierung ist gebeten worden, diesen Offizier in kürzester Frist durch einen anderen zu ersetzen, damit die Arbeiter auf diesem Gebiete keine Unterbrechung erleiden. Die deutsche Regierung hat geantwortet, sie melde sich.

einen anderen Offizier an Stelle des Oberleitnants v. Zander zu ernennen, und vermerkt zwei Dinge, die einander nichts zu tun haben: einen Konflikt, der über die Befugnisse der Grenzkommission entstanden ist, und die verfehlte Haltung des deutschen Offiziers, die allein die Notwendigkeit nach sich gezogen hat. Die Konkrete des Offiziers ist es abzuwarten, auf den ersten Punkt einzugehen, bevor für nicht in zwei ein Punkte Mengung gegeben ist, d. h. bevor nicht Oberleitnant v. Zander durch einen anderen Offizier ersetzt worden ist. — Oberst Zander hatte gegen französische Heberverordnungsbesuche bei der Grenzlinie zum Saarreviers energisch Protest gemacht. Das sind die Infortrefflichkeiten. Die deutsche Regierung hat sein Verhalten vollkommen gebilligt.

Der Tage.

Der Vorsitzende der Deutsch v. Volkspartei Dr. Grinke hat den ihm von Reichspräsidenten gegebenen Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben.

Erhöhung der Gehaltsliste für heimgekehrte Kriegsveterane. Die parlamentarische Kommission hat die Beschlagsbeschlüsse für den achtwöchigen „Lind“, der den Kriegsveteranen nach ihrer Ankunft hier zuleist, von 2,70 M. pro Tag auf 3 M. 5 M. w. w. — je nach der Ortsklasse — erhöht worden, und zwar rückwirkend ab 1. Januar 1920. Die Differenzen werden von den Entlassungsstellen den Heimgekehrten auf ihren Antrag hin ausgezahlt. Vorgelegt sind: Entlassungsschein, Pass, dortselbstige Anmeldung. Da fast 9000 Kriegsveterane noch den alten Satz ausbezahlt erhielten, empfiehlt es sich, daß die Umländer nachträglich ihre Ansprüche geltend machen.

Abbau des Heinerungs-Diktatoriums. Der Abbau des Heinerungs-Diktatoriums ist eine Aufgabe. Die kürzlichige Stadt Verschiebung der Saale konnte sehr billige Zeit und billige Benutzung aus dem Ausland erhalten. Die Regierung gab aber die Erlaubnis zur Einfuhr nicht, weil mit diesen Artikeln zu viel Schwierigkeiten gerieten würden. Wie eine Stadterweiterung, die für ihre Bürger taugt, Schwierigkeiten treiben soll, ist unerfindlich.

Der Abzug der Schiffsbesatzung steht unmittelbar bevor. Man erwartet nämlich aus Paris ein Telegramm darüber, daß die neue Grenzlinie der beiden Völkern notifiziert werde. Sobald diese Nachricht eingetroffen ist, wird die internationale Kommission mit ihren Besatzungsgruppen binnen 48 Stunden das Abtransportieren verlassen. Seit Tagen liegt auf der Höhe ein großer Transportdampfer. Sombard fand in Hensburg eine große Aktion von englischen Heeresgut statt. Die Ansicht auf die baldige Verbringung hat die Truppen in der Stadt nachlässig und gemächlich gehalten. Man will es zu einrichten, daß die deutschen Truppen gleich nach dem Abzug der Engländer und Franzosen hier einmarschieren können. Am Tage der Abreise der internationalen Kommission wird die Souveränität über Nordhessen von dem dänischen Staat übertragen werden. Unabhängig von der Festlegung der Grenzlinie wird die Frage des deutsch-dänischen Vertrages verhandelt werden. Es wird aber diesen Vertragsentwurf vermutlich zu weiteren Verhandlungen kommen, da die deutsche Regierung den gegenwärtigen Entwurf ablehnt und als Gegenentwurf einreichen will.

In der Reichstagsaufsichtungsversammlung wurde am Sonntag die Debatte über die Einheitschule zu Ende geführt. Über 70 Redner hatten sich zu dem Thema zum Wort gemeldet. Ein extra dazu bestimmter Vertrauensauschuß hatte schließlich 25 Redner aller verschiedenen Richtungen anwesend. Von diesen wurde das Thema in allen Einzelheiten von den verschiedenen Seiten aus eingehend beleuchtet. Als für unsere Zeit besonders charakteristisch mag erwähnt werden, daß auch zwei Schülervereiter zum Wort kamen. Besonders ein freideutscher Jüngling gab seiner souveränen Beredsamkeit gegen die „Pausenpause“ zu unabweislich Ausdruck, wie sie eben ein richtiger „Bauer“ sein müssen kann. Nach befristet aufgetretenen Worten des Unterrichtsprofessors G. Dr. v. Harnack folgten die Schlussworte der Referenten. Als nächster Punkt wird die „Arbeitschule“ besprochen werden.

Neue politische Nachrichten.

Stettin. Der (demokratische) Oberpräsident von Pommern, Spinnmann, hat seinen vorgelegten Stellen mit Rücksicht auf den Ausfall der Wahlen kein Rücktrittsgesuch eingereicht das abgelehnt wurde.

Der Reklametote.

Humoristischer Roman von Robert Witz.

Fortsetzung.

10. Kapitel.

Herr Wolz machte ein sehr verdutztes Gesicht, und wir nicht minder. Nahezu hören wir sofort zu tanzen auf. Magie auch gerade im schönsten Moment unserer provisorischen Siegesfeier die Kreuzzugspitze aufstehen.

Er schaltete bedächtig sein wappes Kopf und sagte in einem ironisch sein folgenden Tone:

„Man schaut ja hier sehr verdutzt zu sein?“

„Wahoh!“, rief ich händeringend, „um ihn noch mehr zu ärgern, wie ich sehr vergnügt! Wir freuen den geliebten Erfolg an bester Stelle, an dem ich ihn vor sich haben kann.“

„Vorwärtsgeht habe, was nicht jeder von sich sagen kann.“

„Sie setzen sich mit einem kleinen Hausball, wie es hier ist, ich habe in meiner Welt begangen, am Klavier, wenn ich mich in die Melodie des Meisters versenke. Und ich habe ich eine Idee, einen Plan auszuführen, beifolgend, das ich schon ich länger Zeit bei mir herumtrage. Ich habe ich auch Ihre Hilfe dazu, Frau Roland. Doch vorher ist es ab.“

„Er zog einen Gegenstand hinter seinem Rücken hervor, der ich, als er die Papierrolle abgerollt, als ein kleiner Zylinder aus einer Holzrolle enthielt. Er trat feierlich auf eine eingerichtete Photographie Rolands zu, die über ihm in Sofa hing, und hingte den Kranz um das Bild.“

„Es ist die Aufnahme, die dem Genius meines verlebenden Freundes“

gebührt.“

„Nervig, wenn man eine verbirgt ein will.“ — dabei blickte er mich schief an —, „dass ich Rolands Talent und speziell seine Oper, von jeder nicht anerkannt habe, so ver-

Ein neuer Beford.

Berlin, 11. Juni. Eine Korrespondenzmeldung zufolge sind im Mai in der Reichsbank weitere 4,5 Milliarden ungedeckte Reichsbanknoten gedruckt worden. Seit dem 1. Juni arbeitet die Reichsbank mit verstärktem Betriebspersonal.

Was die englischen Arbeiter in Russland sehen.

London, 10. Juni. Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Russland besuchte, ist gestern zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung sagte in einer Unterredung: In Russland herrscht viel Unfriede zwischen dem faden Bande und der Städte, da die letzteren den Bauern für ihre Lebensmittel keine Zahlung bieten können. Der Vorsitzende sah auch zu, daß in Russland ein roter Terror herrsche, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Abordnung sei der: Daß der G. Anhang der Regierung für ein demokratisches Land wie England nichts tuete. Es liege sicher viel Gutes in dem Bestreben der Bolschewiken, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht. Der Abordnung fiel es auf, daß unter der bolschewikischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß die Arbeitsüberlegung nicht gestattet wird. Der Vorsitzende sagte zum Schluß: Die Bevölkerung des faden Landes sieht dem Bolschewismus weniger freundlich als gleichgültig gegenüber. Dagegen ist die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wird, unfreudig auf Seiten der Bolschewiken.

Streit bei Krupp.

Duisburg, 11. Juni. Wegen erhöhter Lohnforderungen ist heute die Belegschaft des Kruppischen Walzwerkes Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen in den Ausstand getreten. Auch die Notstandsarbeiten werden verweigert.

Arbeiterstreikungen in Rheinhausen.

Essen (Madr), 11. Juni. Am Donnerstag nachmittag versuchten mehrere hundert Arbeiter der Kruppischen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen durch Demonstration die sofortige Zulage von Lohnsteigerung zu erlangen. Aus der Erklärung der Verwaltung, nur mit dem Betriebsrat zu handeln zu können, setzte die Menge sofort das Wort. Die Ausführung der Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Anschreitungen und Mißhandlungen. Per Schaden rechnet schon jetzt auf Millionen. Wegen der Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten ist, wenn die Hütte wieder zum Arbeiten kommt, eine Arbeitsübernahme im alten Umfang auf längere Zeit und die Belegschaft der Kruppischen Welt, die von Rheinhausen ihre Rüststoffe beziehen, wird umso weniger zu vermeiden sein, je länger die tumultuarische Sitzung in Rheinhausen anhält.

Der Streit bei Krupp.

Essen, 12. Juni. Zu dem Streit auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen wird noch gemeldet, daß die Arbeiter einen Einheitslohn von 9,20 M. für die Stunde verlangen. Die Besatzungsbehörde hat gegen die gewaltsame Störung des Betriebes sofort einmündig. Der Arbeiterschauspiel gibt sich alle Mühe beruhigend einzumünden. In einem am Freitag abgehaltenen Versammlung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen, um dann erneut in Verhandlungen mit der Verwaltung einzutreten. Infolgedessen ist der Streit bereits wieder beendet worden.

Schmiedearbeit in wichtigen Reparaturwerkstätten.

Halle (Saale) 11. Juni. Der Regierungspräsident von Magdeburg hat auf Antrag der Handwerkskammer angeordnet, daß für den Reparaturbetrieb die regelmäßige Arbeit der Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sowie der Werkstätten der Schmiede, Sattler und Stellmacher, sofern sie mit Reparaturen für die Landwirtschaft beschäftigt sind, während der Monate März bis November bis zu zehn Stunden ausgesetzt wird.

Das Urteil im dritten Münchener Geiselmordprozess. Vor dem Volksgericht München wurde am Sonntag vormittag das Urteil gegen zwei Angehörige der roten Armee aus der Zeit der vorjährigen Räterepublik gesprochen, die der Mordanschlag an der Ermordung der zehn Geiseln bezichtigt waren. Die Urteilsurkunde ergab, daß sich der Angeklagte Malleschauer an der Ermordung der Geiseln beteiligt hat, während die Aussagen über die Mordtat der Angeklagten Mutter ausbleiben gingen. Mutter wurde

wegen Mordverrats zu Neben Jahren Zuchthaus, Malleschauer wegen Mordverrats zum Tode verurteilt.

Auslands-Rundschau.

Die Nationalisten, eine an der Abgrenzung des Westlichen Meeresküsten von der Ostsee zwischen Finnland und Schweden gelegene Gruppe, gehören geographisch und zeitlich zu ungenügend zu Finnland, wie etwa Älger oder die oft und westlichlichen Inseln zu Deutschland. Trotzdem ist ihre Besitztümer Schweden und Finnland ein weiterer Konflikt entstanden. Die Schweden lassen sich, solange der Frieden ein Stückchen gebietet, damit, daß der ihrer Hauptstadt so nahe gelegene Inselgruppe in der freier Hand war, eine händliche Bedrohung. Russland gegenüber war diese Befürchtung auch solange angebracht, bis Russland nach dem Kräfteverfall durch die Großmacht England, Frankreich und Preußen verpflichtet wurde, die Inseln neutral zu besetzen. Diese Verpflichtung hat Russland während des Weltkrieges durchbrochen, der Frieden von Brest-Litovsk legte aber ihre Erfüllung wieder durch und Finnland, das durch die einen Frieden selbstständig wurde, übernahm die Verpflichtung. Daß die Bevölkerung Alands schwedischer Nationalität ist, will nicht besagen, da auch ein großer Teil der finnischen Nationalisten schwedisch sprechen und die Leben von finnischen Nationalisten beschreiben durchbrochen, der Frieden eine sehr merkwürdige Kuriosität hat, trotzdem hat auch der Insel eine händliche Agitation einen so großen Erfolg gehabt, daß die Bevölkerung Deputierten nach Schweden und an den Obersten Rat geschickt hat, die für einen Anschluß an Schweden entschieden. Die finnischen Behörden antworteten mit der Behauptung der schwedischen Parteiführer der Inseln, daß sie nicht mit der militärischen Befreiung der Inseln. Dagegen herrscht in Schweden große Erregung, und es ist zwischen beiden Staaten ein Konflikt entstanden, der die ernstlichen Folgen haben kann.

Einbrüche eines Engländer in Deutschland.

Es dient nicht nur dem Interie in Deutschland, sondern auch des gesamten Europa, wie der von dem genannten englisch sprechenden Welt beachtete Journalist A. G. Gardiner in der Londoner „Daily News“ in der Woche in Deutschland schreibt. Seine Beobachtungen und Schlussfolgerungen können in England nicht ohne Eindruck und Wirkung bleiben. Nachdem Gardiner schon in seinem ersten Artikel auf die verhängnisvollen Folgen des ungeliebten Versailler Friedensvertrages hingewiesen hatte, beschreibt er jetzt den Zusammenbruch der deutschen Handelsflotte des Hamburger und Bremer Hafens zur Begründung der Forderung seiner ersten Artikels, daß man Deutschland genügenden Schiffraum belassen müsse, um ihm zu ermöglichen, seine Bedürfnisse in Woffstoffen aus überseeischen Ländern zu holen und die eigenen Industrieerzeugnisse in eigenen Schiffen dahin zu befördern, so daß Deutschland nicht die durch den schlechten Baustand hervorgerufenen Handelsflotten an England, Holland oder Amerika zu lassen braucht, sondern seine Frachten selbst verdienen kann. Er schließt kennzeichnend Gardiner das folgende Bild des Hamburger Hafens. Überall ist die Kirchhofstraße, und melienweit wandert man über ein vereinsamtes Werften, ausgefüllten kleinen Lagerhäusern und leeren Docks. Es ist als ob mer Welt von der Welt befallen, ausgeföhren und verlassen Stadt welle. Nur auf der Rückwärts herrsche Hammerstraße. Aber was dort vollendet oder gebaut werde, u. a. der Heidenampfer „Bismarck“, gehe an die Allierten. Die Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie seien nur noch die Agenten der englischen und amerikanischen Schiffahrtslinien. Zwischen herrsche ein Gegenstand zu der Sorge und Besorgnis in Berlin lebensfeindliche Überwelt und Vertrauen in Hamburg. Die Fänge hätten den Fleißand überwunden und es gehe wieder aufwärts. Hamburg wolle, daß es unter allen Umständen der größte Einfluhafen für Zentraluropa sei. Selbst die Fischerei-Stationen müsse ihm dienen.

Wirtschaftlich ist nicht die Jugend der Polen.

In der deutschen Geschäftswelt wird sehr darüber gesprochen, daß die Polen nach Warschau oft 10 bis 14 Tage unterwegs sind, während sie allerdingens in drei Tagen dort sein könnten. Da sich aus diesen Wirtschaftsweltigkeiten oft die Notwendigkeit ergibt, nach Warschau zu reisen, sind die Polen noch nicht einmal so kulant, die direkte Reise über Wien-Lohn zu gestalten, sondern verweilen die deutschen Reisenden auf den weiten Umweg über Danzig.

ich schreiben und natürlich auch verlegen will.“

„Und was soll ich dazu tun?“

„Sie und Ihre Frau Mama können mir noch und noch das nötige biographische Material liefern. Ich werde Sie nach allem Möglichen anfragen müssen, jedoch über seine Jugend.“

„Sie sprachen neulich von einer Affäre, die keine ersten Verleumdung enthielt.“

„Zwofeln, die steht auf den Boden.“

„So leidenschaftig bewahren Sie diese wichtigen Dokumente auf.“

„Aber ich bitte Sie, alles Notenspapier nicht doch niemand.“

„Altes Notenspapier?“ — Ueber Wolz' Frage kicherte ein verächtliches Lächeln, das unmerklich Rücken des Kenners, der ein in anderen eine lösliche Inkqualität als alles Verdächtig aber abgemildert oder einen unfertig erworbenen Kaffee bei einem „Bäcker“ für ein Butterbrot erhandelt.

„Dra vor dem dieses Lächeln sehr wenig angebracht. Die Affäre enthielt wirklich nur Jugendverwirrung aus seiner Schulzeit, die er mit sich in Jahren das Konvaleszenz bezog. Was daraus irgendwas zu vermerken war, hatte Roland bereits für seine früheren Arbeiten benutzt. Und auch ich hatte die Affäre nach seinem Tode schon einmal d. r. übertr. und ich noch einiges entnommen. Sie enthielt jetzt außer durchaus wertlosen Noten nur noch Jugendverwirrung, Änderungen an seine ersten Runderträge, die seine Mutter pietätvoll anbrachte.“

„Auch Frau Roland mußte das. Und es war wohl mehr, um ihn zu ärgern — denn im Grunde konnte sie ihn ebenso wenig leiden als ich —, daß sie sich abschließend erwiderte: —

„Nun, wo na Ihnen an diesen Redereien wirklich so viel liegt, ich werde sie Ihnen natürlich lassen.“

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Ich gebe bekannt, daß auch im Geschäftsjahre 1920 die...
Der Vorsitzende des Kreisamtes. Greife u. Wehlfeld.

Bekanntmachung.

Die Stadt- und Landgemeinden des Kreises mit Ausnahme...
Der Vorsitzende des Kreisamtes. Greife u. Wehlfeld.

Bekanntmachung.

Die vorgeschriebene Ordnung betr. die Erhebung eines...
Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Zur Versorgung der minderbemittelten der arbeitsfähigen Bevölkerung...
Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Beamteneinkunft bei der Sicherheitspolizei der Provinz Sachsen...
Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Für den Feldschutz suchen wir zwei zuverlässige Personen...
Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Lebensmittel. Zum Verkauf kommen:
Der Vorsitzende des Kreisamtes.

Bekanntmachung.

Anfruchtspostkarten von Teuchern, zu haben bei Otto Dieferenz.

In das Genossenschaftsregister wurde heute bei der Gewerkschaft Teuchern...
Amtsgericht.

Öffentliche freiwillige Versteigerung.

Am Sonnabend den 19. Juni 1920 nachmittags 3 1/2 Uhr...
Wünscher, Rechtsanwalt und Notar.

Lagerbestände in Schuhwaren

den heutigen Lederpreisen entsprechend ohne Rücksicht auf die höheren Selbstkostenpreise...
Die Schuhwarenhändler von Teuchern

Brennholzverkauf.

Am Dienstag, den 15. Juni 1920 nachm. 4 Uhr, verkaufe ich auf dem Grundstücke...
Der Besitzer.

Ia. Voll-Reis

1 Pfd. 8,25 Mk. C. Hoffmann.
Stiften - Dreschmaschine compl. für elektr. Antrieb

Arbeitsnachweis Teuchern

Gesucht werden: 3 Arbeiterinnen.
Tausende von Kranken, die höher vergeblich Heilung suchten...

Ver. einig. Turnverein E. V. D. T.

Mittwoch, d. 16. Juni 8 Uhr Monats-Versammlung im "Norddeutschen Hof"

Bauarbeiter Teuchern.

Dienstag, den 15. Juni nachm. 5 Uhr Versammlung

Sportvereinigung.

Dienstag, den 15. abends 8 Uhr Spielfeld-Sitzung.

Heu

taufen Gebr. Zimmermann.
Schwelmweg, Brack und Seefog von Otto Dieferenz, Teuchern.

Theater in Teuchern Hotel zum Löwen Gastspiel der Kammerspiele Zeit

Das Buschliesel

Im Edelgrund und tiefen Wald
Die Direktion.

Militärshuhe

Ein zu verlässiges Dienstmädchen
B. Berger.

Wawil-Tabletten.

Warten auf die Post.
Ein Ring mit Stein vor einem Hause...

Clavierspieler (in)

Einige Frauen zum Nebenbrot...

Warnung.

Wiese jedermann, meiner Frau Minna Bauer...

Todesanzeige.

Heute früh 1 1/2 Uhr verschied nach kurzem aber schweren Krankenlager...

Buchdruckerei

O. Lieferenz Teuchern
empfehlen sich zur Anfertigung von Druck-Sachen

Reinigen Sie Ihr Blut!

Dr. Busleb's Blutreinigungstee...

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abzugsschein: Die Jahrgangspolizei 40 Hg. Melanage 10 60 Hg.

Abzugsschein: Die Jahrgangspolizei 40 Hg. Melanage 10 60 Hg.

Abzugsschein: Die Jahrgangspolizei 40 Hg. Melanage 10 60 Hg.

Abzugsschein: Die Jahrgangspolizei 40 Hg. Melanage 10 60 Hg.

Abzugsschein: Die Jahrgangspolizei 40 Hg. Melanage 10 60 Hg.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 70

Dienstag, den 15. Juni 1920.

59. Jahrgang

Die Zeit schafft neue Menschen.

Präsident Wilson aus Nordamerika, Clemenceau aus Paris und Lloyd George aus London haben während des Krieges mit einander in Vorkriegszeiten auf die absterbende Demokratie getrieben, die über den deutschen Nationalismus glänzend triumphieren würde. Wann hat die Demokratie geklagt, und Lloyd George hat dies bekämpft in mancher schönen Rede gehalten. Aber was bezog sich heute? Die englischen Zeitungen verkünden, daß die britische Nation den demokratischen Willensschwachsinn seit habe. Der Engländer sei ein Kraft- und selbstbewußter Fortschrittler, der seine Eigenart nicht verlieren wolle. Und dann folgt die Frage, was denn eigentlich die absterbende Demokratie für England gebracht habe? Die Antwort lautet: Gar nichts! Denn was England gewonnen habe, das habe es durch eigene Kraft gewonnen. Das ist ein Ehrgefühl, das in der Zeit der Demokratie in England nicht vorhanden ist.

Rede der noch überlebenden Mehrheit des deutschen Reichstages. Auf die es Schreiben erhielt der Reichstagsrat nach im Laufe des Freitagabend ein Antwortschreiben von Crispian, das eine scharfe Ablehnung der U. S. B. enthält, die der Brief mit folgenden Worten begründet: „Der Eintritt der U. S. B. in eine solche Regierung würde eine Unterbrechung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher gründlich bekämpft hat. Wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinrentner und Kleinbauern, die der U. S. B. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben, für die energische Fortsetzung ihrer Politik des radikalen proletarischen Kampfes mit dem Ziel der Befreiung der kapitalistischen Klassenherren.“

Der Brief schließt dann die angeführten Sätze der Mehrheitsentscheidung in der Koalition auf und und fährt dann fort: „Das Erscheinen der Reaktion kann nur bekämpft werden durch eine gründliche und konsequente sozialistische Politik, die die Weiterentwicklung der politischen Bewegung des Deutschen Volks und dessen Unterstützung bis zur Beseitigung des Sozialismus erstrebt. Ergibt sich aus der Entzweiung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die U. S. B. als Überlegung nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der die Mehrheit in den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet. — Durch diese Antwort dürfte wohl... die von Ihnen gewünschte Aussprache gegenstandslos geworden sein. Eine deutlichere und konkretere Antwort konnte sich der Reichstagsrat wohl kaum leisten. Somit sind keine Bemerkungen, wie es so voraussetzen war, erforderlich, und Herrmann Müller wird die Kabinetsbildung nicht übernehmen. Seine Eintritt sind wir der Bildung der Krise hiermit übergeben.“

Dr. Heine zum Reichspräsidenten gebeten. Reichstagsrat Müller hat den Auftrag zur Kabinetsbildung Sonntagabend dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt. Der Reichspräsident hat nunmehr den Reichstagsrat der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, die er zu einer badischen Unterredung zu sich gebeten. Dr. Heine ist zurzeit in Dresden und trifft erst am Montag in Berlin ein.

Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei. Die im Laufe des Sonntagabend festgelegt wurden, bewegen sich in folgender Richtung: Einheitsregierung des unabhängigen Reichs, Einheitsregierung des Reichs, Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten, Aufhebung der Vorkriegsverträge nach der Parteizugehörigkeit und die Gründung der Reichswehr auf keine Vermehrung der Reichswehr, die als unantastbar vor sich anzusehen sind. Außerdem würde die Partei gegen Herrmann Müller als Reichstagsrat oder Außenminister den schärfsten Widerstand leisten.

Ein Wirtschaftskomitee aus Arbeitern, Bauern und Fachleuten. Immer wieder taucht, besonders befeuert von der Deutschen Volkspartei, der Gedanke an die Bildung eines von der überhandnehmenden Parteivirtuosität möglichst unabhängigen Wirtschaftskomitees auf. Die einzelnen Ministerien sollen von Fachleuten, das Außenministerium von einem Diplomaten, das Reichsministerium von einem Militär geleitet werden. Eine ständige Persönlichkeit als Reichstagsrat soll sich aus führenden Köpfen der Arbeiterbewegung, der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie, der Beamtenschaft und der Intelligenz ein von parteivirtuositäten freies Wirtschaftskomitee bilden, gerade heute für eine freie Parteivirtuosität unmöglich.

Generalsekretär Dr. Heine, einer der Führer der Deutschen Volkspartei, taugt über diesen Vorschlag: „Ein solches Ministerium wird eine Mehrheit im Parlament finden. Mehrere Ministerien können wechseln, obwohl bei den praktischen Vorkäufen für den Wiederaufbau ein sachlicher Zwang vorliegt, dem sich keine Partei ungekränkt entziehen darf. Ein solcher von einer festen Koalition freier Ministerpräsident wäre und würde in der Lage zu führen. Die Parteien und Oppositionsparteien in bestimmten Fällen mitarbeiten und zukommen. Die Opposition wäre nicht mehr, wie bisher, in einen dauernden Gegensatz hineingezwungen, und dem Volke wäre geholfen! Jedermann weiß, wir brauchen die Arbeiterkraft, wir brauchen die Landwirtschaft, wir brauchen die Intelligenz, die Industrie, Handel, Gewerbe und Beamtenschaft. Also macht ein Ministerium aus Arbeitern, Bauern und Fachmännern, ein Ministerium des Wiederaufbaus! Das wird das Volk begreifen und gutheißen.“

Giulitti. Das Ministerium Gi. tritt ein Wendepunkt in Italiens Politik. Nach den neuesten italienischen Meldungen hat Gi. tritt nunmehr vom König den Auftrag erhalten, ein Ministerium zu bilden.

Das bedeutet für Italien die endgültige Wende von der Krise. Giulitti war einst eine der Hauptstützen des Dreiecks und ständig ein scharfer Gegner des Krieges mit Deutschland, er ist während des Krieges der Hauptführer der Kriegsgegner gewesen, wurde deswegen auf das bestmögliche besetzt und zog sich vom öffentlichen Leben vollständig zurück. Nicht kann deutlicher den Stimmungsumschwung in Italien charakterisieren, daß jetzt schon, knapp 1 1/2 Jahre nach dem Ende des Krieges, dieser Mann, bislang mit der bestmögliche lebende Politiker des Landes, fast vom ganzen Lande als der einzig gegebene Führer angesehen wird. Charakteristisch für die Stimmung beherrschend ist die umgehende, ja schändliche Ausweisung des italienischen Kandidaten in der französischen Presse findet, meint doch J. B. der „Gaulois“: „Die Perspektive, Giulitti in Spa zu finden, ist ein Grund mehr dafür, daß wir wünschen, überhaupt nicht hinzugehen.“

Interessant für uns Deutsche ist fernerhin, daß in führenden räumlichen Kreisen die Ansicht vorherrscht, daß es unerwünscht sei, daß gerade jetzt der deutsche Hofkriegsrat in Rom untersteigt. Gerade jetzt könne ein angelegener und erfahrener Sachdiplomate auf die dem Posten für Deutschland von großer Wichtigkeit sein und viel Gutes für das Verhältnis Italiens zu Deutschland tun.

Die Lage in Albanien. In den großen innerpolitischen Schwierigkeiten Italiens gesellen sich jetzt ernste Konflikte in Albanien. Dort hat sich die Bevölkerung gegen die italienische Besatzung erhoben. Die Aufständischen haben den italienischen Truppen erhebliche Verluste beigebracht und sie in die Hafenstadt Balona zurückgedrängt, wo sie die Truppen jetzt belagern und bedrängen. Die hier kommunistisch beherrschten Gegendern und Befehlshaber in den italienischen Hafenstädten weigern sich, Munition und Hilfstransporte nach Balona abzugeben, sobald die Lage der Italiener in Albanien sehr ernst ist. Eine der ersten Aufgaben Giulittis wird sein, hier durchzugreifen.

Unter der Fremdherrschaft.

Frankische Hebergänge und kein Ende. — Aufhebung des Gleiwitzer Bürgermeisters. Bürgermeister Dr. Geißler von Gleiwitz erhielt von dem dortigen französischen General den Auftrag, über die Vorgänge von Donnerstag Nacht auf der Großen Mühlstraße seinen Bericht nach Berlin zu erstatten, (Wia, das die Gleiwitzer D. Wd.), ferner die Genehmigung einer zu Freitag einberufenen Meisterversammlung im Stadtpark, in der energischer Protest gegen das Gebahren der französischen Soldaten erhoben werden sollte, nicht zu erteilen. Trotz Androhung hatte er diesem Begehrt mit der Begründung nicht entsprochen, daß zur Erstellung eines solchen Berichts die Frankosen alle in Gleiwitz beurlaubt werden, wodurch eine Entschärfung der Mitternacht, was auch die Engländer, Italiener und Amerikaner gefürchten, erforderlich sei. Er ist deshalb Sonntagabend seines Amtes entbunden worden. Weiter der Stadtgemeinde ist, da der Oberbürgermeister noch beurlaubt ist, Stadtrat Jemel.

Frankische Anleihe. — Die beteiligten Redner. Vom französischen Kriegsgericht wurden wegen Abdrucks eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Behörden eine Verleumdung erlitten, nachstehende Angeklagte verurteilt: Fritz Wankel, Verleger des „Norddeutschen Tageblattes“ in Rodenhausen, zu 10000 Mark Geldstrafe, Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung zu 6000 Mark Geldstrafe, Bundesdruckereibesitzer und Verleger des „Kirchenbaldener Anzeigers“, Ad. Thiere zu einem Monat Gefängnis und 10000 Mark Geldstrafe, Karl Müller vom „Kaiser Tageblatt“ zu 1000 Mark Geldstrafe, Friedrich Bruch, Verleger des „Westfälischen“ in Dornheim am Glan, zu 1000 Mark Geldstrafe.

Die Einpressung für die Abstammung in Thüringen. Der Deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Einpressung für die Abstammungsberechtigten in Thüringen bis zum 20. Juni verlängert werden ist. Stimmzettel, die den Wahlorten bis zum 15. Juni noch nicht erhalten haben, nun daher gut, unverzüglich bei der Abstammungskommission ihres Geburtsortes Einpruch zu erheben.

Der Konflikt um Oberst von Hinder. „Welt Karlisten“ meidet: Es ist bekannt, daß die Postkonferenz sich mit einer Klage der Bergbaukommission im Saargebiet gegen Oberstkommandant von Hinder beschäftigt, dem eine Reihe von Antorzetteln (2) vorgelesen wird. Die deutsche Regierung ist gebeten worden, diesen Offizier in kürzester Frist durch einen anderen zu ersetzen, damit die Arbeiter auf diesem Gebiete keine Unterbrechung erleiden. Die deutsche Regierung hat geantwortet, sie weisere sich.



colorchecker CLASSIC

Der deutsche Arbeiter geht mit starken Schritten zu dem Vorbild über, das ihm seine amerikanischen und englischen Kameraden geben, die in der Weltzeit tätig sind, wie alle ihre Mitbürger, aber nach derselben sich bemühen, soweit es ihnen möglich ist, als Genossen aufzutreten. Wir haben Sportvereine und sonstige Verbindungen aller Art, die die Politik nicht als Lebenszweck betrachten, und das wird mit der Zeit immer härter werden. Hätten wir nicht die politischen Berufsagitatoren, die Sozialdemokratie würde ein noch ganz andere Bild zeigen. Die Menschen fühlen sich, und die Parteiführer nicht vom Wegesrand der Einflüsse. Was ist alles in Aussicht, doch mit werten zu erleben, was überall erlitten ist, Politik und Einkommen wandeln den Menschen. Auch elegante Leute mögen sich als Revolutionäre zeigen, aber sie sind es nicht. Die Zeit schafft die Menschen, die sie gebraucht. Und was wir gebrauchen, sind individuelle Charaktere, die das Kapital, das in ihnen schliefenden liegt, zum Wollen der Allgemeinheit ausfinden. Wir werden damit zur Zeit der Genossen gelangen. Es ist schade, daß es dafür kein präzis deutsches Wort gibt, aber leider ist kein da, und so müssen wir die englische Bezeichnung gelten lassen.

Die Linkskoalition gescheitert.

Die Verhandlungen Müllers mit Crispian. Reichstagsrat Hermann Müller hatte sofort, nachdem ihm der Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung erteilt worden war, einen Brief an den Vorsitzenden der U. S. B., Crispian, gerichtet, in dem er u. a. meinte:

„In einer jungen deutschen Republik erweist sich die Teilnahme der U. S. B. an der Regierung besonders besonders notwendig, weil nur durch eine noch linksüberwiegende Koalitionsregierung unsere republikanischen Einrichtungen gegen alle Angriffe von rechts verteidigt, realistische Attentate auf den Wohlfahrt und die sozialpolitischen Grundgesetze der Reichsverfassung abgewehrt werden können und eine ausnützige Politik durchgeführt werden kann, die den republikanischen und sozialistischen